Irrwege in der Fusionskontrolle?

*Kontroverse Diskussionen zwischen Wissenschaft und Praxis beim Symposium
"Fusionskontrolle im Wandel" an der Universität Göttingen*

Zum 1. Mai 2004 traten Änderungen in der europäischen Fusionskontrolle in Kraft, die für die betroffenen Unternehmen weitreichende Folgen haben werden. Gleichzeitig wurde mit der Novellierung des deutschen Kartellgesetzes begonnen. Die Pressefusionskontrolle stand hierbei im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Unter der Leitung von Prof. Ulrich Immenga und André Schmidt veranstaltete daher das Centrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft gemeinsam mit der Juristischen Fakultät der Universität Göttingen ein interdisziplinäres Symposium. Aus ökonomischer und rechtlicher Sicht wurden die sich hieraus ergebenden Folgen von Experten aus Wissenschaft und Praxis diskutiert. Dabei kam zum Ausdruck, dass sowohl in der europäischen als auch deutschen Fusionskontrolle noch erheblicher Raum für Verbesserungen bleibt.

Im Hinblick auf die Einführung eines neuen Prüfungskriteriums in der Europäischen Fusionskontrolle machte Prof. Schwalbe (Universität Hohenheim) deutlich, dass die in den neuen Leitlinien der Kommission genannten Effizienzvorteilen nicht im Einklang mit der ökonomischen Theorie stehen. Die erforderlichen Bedingungen seien praktisch nicht anwendbar. Er forderte daher anstelle einer Einzelfallberücksichtigung allgemeine Eingreifschränken, in denen mögliche Effizienzgewinne bereits berücksichtigt sind. Die Rechtssicherheit würde damit erhöht und gleichzeitig könnten die Kosten auf Seiten der Unternehmen und der Wettbewerbsbehörden gesenkt werden. Ellen Braun (Allen & Overy) und Wolfgang Kopf (T-Mobile) äußerten übereinstimmend die Befürchtung, dass der durch das neue Untersagungskriterium hervorgerufene Paradigmenwechsel das Ende der strukturellen Fusionskontrolle bedeuten könnte.

Ebenfalls skeptisch wurde die neue Zuständigkeitsverteilung zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten beurteilt. Oliver Budzinski (Universität Marburg) wies darauf hin, dass bezüglich einer effizienten Kompetenzzuweisung aus ökonomischer Sicht kaum Fortschritte erzielt wurden. Die neuen Regelungen seien zu komplex und enthielten zu viele diskretionäre Ermessensspielräume. Auch Sven Völcker (Wilmer Cutler Pickering Hale and Dorr) beurteilte die Neuregelung äußerst zurückhaltend und konstatierte, dass den Vorteilen einer direkten Anmeldung des Zusammenschlussvorhabens in Brüssel ("Opt in") erhebliche Nachteile gegenüberstehen können. Neben den erhöhten Arbeitsaufwand und eine längere Verfahrensdauer könnten weitere Verzögerungen bei einem Widerspruch der nationalen Kartellbehörden eintreten. Ernüchternd zog er das Fazit, dass die Reform des Verweisungssystems aus der Sicht der Unternehmen nicht zu begrüßen sei. Diesem Skeptizismus trat Edith Müller vom Bundeskartellamt entgegen. Die ersten Erfahrungen ließen darauf schließen, dass die neuen Zuständigkeitsregelungen von den Unternehmen positiv aufgenommen werden würden.

Nicht weniger kontrovers wurden die anstehenden Änderungen der Pressefusionskontrolle diskutiert. In seinem Einführungsreferat machte Prof. Ulrich Immenga (Universität Göttingen) seine grundsätzlichen ordnungspolitischen Bedenken deutlich. Das Kartellrecht solle nicht zur Aufrechterhaltung der Pressevielfalt instrumentalisiert werden und damit Marktmacht zur Sicherung der Meinungsvielfalt zugelassen werden.. Kathrin Westermann (Nörr Stiefenhofer Lutz) wies darauf hin, dass die geplanten Neuregelungen bislang eine Vielzahl von Fragen unbeantwortet lassen. Dies gelte insbesondere für die Umsetzung der redaktionellen

Unabhängigkeit durch Minderheitsbeteiligungen am erwerbenden Unternehmen. Olaf Christiansen (Bertelsmann) kritisierte dagegen die bisherige Entscheidungspraxis des Bundeskartellamts, die zu einer unterschiedlichen Behandlung von Zeitschriften und Zeitungen führte.

Wenn Juristen, Ökonomen und Unternehmensvertreter aufeinandertreffen, sind kontroverse Diskussionen vorprogrammiert. In Göttingen wurde jedoch deutlich, dass diese ausgesprochen fruchtbar und zukünftig unabdingbar sind.